Europäisches Parlament
2024-2029

Haushaltsausschuss

2024/2116(INI)

4.6.2025

STELLUNGNAHME

des Haushaltsausschusses

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zu Erleichterungen bei der Finanzierung von Investitionen und Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Union und zur Schaffung einer Kapitalmarktunion (Draghi-Bericht)
(2024/2116(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Karlo Ressler

PA_NonLeg

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Haushaltsausschuss unterbreitet dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung folgende Änderungen:

Änderungsantrag 1

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Zwischenbewertung von InvestEU vom 30. September 2024 (SWD(2024)0228),

Änderungsantrag 2

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 12 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 19. März 2025 für eine Verordnung des Rates über die Einrichtung eines Instruments mit dem Titel „Sicherheitsaktion für Europa“ (SAFE) zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie (COM(2025)0122),

Änderungsantrag 3

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 12 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 26. Februar 2025 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2015/1017, (EU) 2021/523, (EU) 2021/695 und (EU) 2021/1153 im Hinblick auf die Steigerung der Effizienz der EU-Garantie gemäß der Verordnung (EU) 2021/523 und die Vereinfachung der Berichtspflichten

(COM(2025)0084),

Änderungsantrag 4

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht festgestellt wurde, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 750 bis 800 Mrd. EUR jährlich erforderlich sind, um die Produktivität der EU wiederherzustellen und die ökologischen und sozialen Ziele der EU zu verwirklichen;	A. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht festgestellt wurde, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 750 bis 800 Mrd. EUR jährlich erforderlich sind, um die Produktivität der EU wiederherzustellen, die Wettbewerbsfähigkeit der EU wiederzubeleben und die ökologischen und sozialen Ziele der EU zu verwirklichen; ***in der Erwägung, dass diese Investitionslücke einen erheblichen Betrag für die Dekarbonisierung der Industrie umfasst;***

Änderungsantrag 5

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass sich der Umfang des jährlichen EU-Haushalts, einschließlich Investitionen in mehreren Politikbereichen, auf unter 200 Mrd. EUR beläuft, was nur begrenzte Flexibilität für den Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit zulässt;

Änderungsantrag 6

Entschließungsantrag
Erwägung A b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ab. in der Erwägung, dass dem Draghi-Bericht zufolge die Unterstützung

	der EU für öffentliche und private Investitionen durch den Umfang des Haushalts, seine mangelnde Zielgerichtetheit und eine zu geringe Risikobereitschaft eingeschränkt ist und die Ausgaben der EU unter Fragmentierung, Komplexität und mangelnder Flexibilität leiden;

Änderungsantrag 7

Entschließungsantrag
Erwägung A c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ac. in der Erwägung, dass die Wettbewerbsfähigkeit einer der Aspekte, sein sollte, der im EU-Haushalt im Mittelpunkt steht, und dass mit dem EU-Haushalt gemeinsam vereinbarte strategische Prioritäten gefördert und europäische öffentliche Güter finanziert werden sollten, um so zu einer höheren Produktivität beizutragen, wobei gleichzeitig der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt sichergestellt werden sollte; in der Erwägung, dass eine stärkere Koordinierung zwischen den dem Haushalt der EU und den Haushalten der Mitgliedstaaten erforderlich ist, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu verhindern und die Gesamtwirkung öffentlicher Investitionen zu verstärken;

Änderungsantrag 8

Entschließungsantrag
Erwägung A d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ad. in der Erwägung, dass InvestEU das derzeit größte Risikoteilungsinstrument der EU ist und dass es einen marktbasierten und nachfrageorientierten Ansatz verfolgt und

	es ermöglicht, dass Risiken bei der Verwirklichung der politischen Ziele der EU gemeinsam mit der Privatwirtschaft getragen werden; in der Erwägung, dass, wie im Draghi-Bericht hervorgehoben wird, der Schwerpunkt auf risikoreichere Tätigkeiten gelegt werden muss und Investitionen erhöht werden müssen;

Änderungsantrag 9

Entschließungsantrag
Erwägung A e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ae. in der Erwägung, dass die offene Architektur von InvestEU – bei der die Gruppe der Europäischen Investitionsbank (EIB), internationale Finanzinstitutionen (IFI) wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Entwicklungsbank des Europarats und die Nordische Investitionsbank sowie nationale Förderbanken und -institute (NPBI) als Durchführungspartner fungieren – dabei hilft, die Prioritäten der EU und die einzelstaatlichen Prioritäten aufeinander abzustimmen;

Änderungsantrag 10

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass dem Draghi-Bericht zufolge zwischen 2008 und 2021 fast 30 % der „Einhörner“, d. h. Start-up-Unternehmen, die in der Folge einen Wert von mehr als 1 Mrd. USD erreichten, ihren Hauptsitz ins Ausland verlagert haben, hauptsächlich in die USA;	F. in der Erwägung, dass dem Draghi-Bericht zufolge zwischen 2008 und 2021 fast 30 % der „Einhörner“, d. h. Start-up-Unternehmen, die in der Folge einen Wert von mehr als 1 Mrd. USD erreichten, ihren Hauptsitz ins Ausland verlagert haben, hauptsächlich in die USA; ***in der Erwägung, dass dies die Wettbewerbsfähigkeit und das Innovationspotenzial Europas***

beeinträchtigt;

Änderungsantrag 11

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2021 in der EU auf 2,1 % des BIP, in den USA jedoch auf 3,5 % und in China auf 2,4 % beliefen, während in der Lissabon-Strategie von 2000 ein Ausgabenziel von 3 % für Forschung und Entwicklung festgelegt wurde;	G. in der Erwägung, dass sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2021 in der EU auf 2,1 % des BIP, in den USA jedoch auf 3,5 % und in China auf 2,4 % beliefen, während in der Lissabon-Strategie von 2000 ein Ausgabenziel von 3 % für Forschung und Entwicklung festgelegt wurde; ***in der Erwägung, dass Horizont Europa stark überzeichnet ist und viele hochwertige Vorschläge aufgrund begrenzter Ressourcen nicht für eine Finanzierung ausgewählt werden;*** in der Erwägung, dass die Kommission die Initiative „Choose Europe“ vorgestellt hat, mit der die besten Wissenschaftler aus der ganzen Welt für die EU gewonnen werden sollen;

Änderungsantrag 12

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. fordert eine allgemeine Mobilisierung aller Finanzmittel und verfügbaren Instrumente, um in einem Umfeld geopolitischer Instabilität und internationaler Spannungen die Sicherheit und die industrielle und technologische Souveränität der EU zu stärken, den grünen Wandel zu unterstützen, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zur sozialen Aufwärtskonvergenz beizutragen;	1. fordert eine allgemeine Mobilisierung aller verfügbaren Finanzmittel und Instrumente, um in einem Umfeld geopolitischer Instabilität und internationaler Spannungen die Sicherheit und die industrielle und technologische Souveränität der EU zu stärken, den grünen Wandel als Triebfeder für eine zukunftsorientierte und ressourceneffiziente Wirtschaft zu unterstützen und die Qualifikationslücke anzugehen;

Änderungsantrag 13

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. begrüßt die erneute Debatte über die Notwendigkeit, die Produktivität der EU wiederherzustellen, die durch den Draghi- und den Letta-Bericht verstärkt wurde;	2. begrüßt die erneute Debatte über die Notwendigkeit, die Produktivität, die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der EU wiederherzustellen, die durch den Draghi- und den Letta-Bericht verstärkt wurde; ***betont ferner, dass es wichtig ist, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu stärken, um zu diesen Zielen beizutragen;***

Änderungsantrag 14

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. sieht diese Berichte als Weckruf für europäische und nationale Entscheidungsträger sowie als Ausgangspunkt für Maßnahmen zur Förderung sowohl privater als auch öffentlicher Investitionen;	3. sieht diese Berichte als Weckruf für europäische und nationale Entscheidungsträger sowie als Ausgangspunkt für Maßnahmen zur Förderung sowohl privater als auch öffentlicher Investitionen sowie dafür, die Unterstützung der EU für die öffentlich-private Zusammenarbeit aufzustocken; ***betont, dass öffentliche Investitionen als Katalysator für private Investitionen in Bereichen, in denen der Markt allein die erforderlichen Investitionen nicht mobilisieren kann, von wesentlicher Bedeutung sind; ist der Ansicht, dass Finanzierungsinstrumente und Haushaltsgarantien eine wirksame Nutzung von Ressourcen und wirkmächtige Instrumente darstellen, um äußerst wichtige politische Ziele der EU zu erreichen;*** weist darauf hin, dass die Synergien zwischen den öffentlichen und privaten Investitionen genutzt werden müssen, insbesondere durch die Straffung der Investitionsarchitektur der EU;

Änderungsantrag 15

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bedauert, dass viele Unternehmer mit Sitz in der EU einen Umzug für notwendig erachten, um leichter Zugang zu Finanzmitteln und Ressourcen zu erhalten; bedauert, dass sie sich an Risikokapitalgeber außerhalb der EU wenden und auf ausländischen Märkten expandieren;	4. bedauert, dass viele Unternehmer mit Sitz in der EU ihren Standort verlegen, um leichter Zugang zu Finanzmitteln und Ressourcen zu erhalten; bedauert die unzureichende Verfügbarkeit von Risikokapitalgebern innerhalb der EU, die für Unternehmen unerlässlich sind, um auf den europäischen Märkten zu expandieren; ***fordert, dass umgehend gehandelt wird, um diese Situation zu verbessern; betont, dass die EU ein attraktives Geschäftsklima für Unternehmen und Investoren bieten sollte;***

Änderungsantrag 16

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. betont, dass öffentliche Mittel gezielt dafür verwendet werden sollten, die Nachhaltigkeit und Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen sicherzustellen und gleichzeitig private Investitionen in innovative und saubere Industrien unter genau festgelegten Bedingungen zu mobilisieren;	5. betont, dass öffentliche Mittel gezielt für europäische öffentliche Güter und einen europäischen Mehrwert verwendet werden sollten, wobei gleichzeitig private Investitionen in innovative und saubere Industrien unter genau festgelegten Bedingungen mobilisiert werden sollten;

Änderungsantrag 17

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. stellt fest, dass eine Straffung von Verwaltungsverfahren die Attraktivität der EU als Investitionsziel erhöhen kann; ist	9. stellt fest, dass eine Straffung von Verwaltungsverfahren die Attraktivität der EU als Investitionsziel erhöhen kann, und

der Ansicht, dass eine Angleichung der Rechtsrahmen der Mitgliedstaaten ein Teil der Vereinfachungsagenda im Hinblick auf die Erleichterung grenzüberschreitender Tätigkeiten sein sollte; fordert die Kommission auf, verstärkt von Verordnungen statt von Richtlinien Gebrauch zu machen und so den einzelstaatlichen Ermessensspielraum einzuschränken, der zu Fragmentierung führen könnte;	fordert, dass die Bürokratie und der administrative Aufwand für Begünstigte, insbesondere KMU, abgebaut wird; fordert darüber hinaus eine Vereinfachung der EU-Programme, insbesondere für Endempfänger, bei sich überschneidenden Zielen, unterschiedlichen Förderkriterien und abweichenden Vorschriften für horizontale Bestimmungen, die in allen Programmen einheitlich sein sollten; ist der Ansicht, dass eine Angleichung der Rechtsrahmen der Mitgliedstaaten ein Teil der Vereinfachungsagenda im Hinblick auf die Erleichterung grenzüberschreitender Tätigkeiten sein sollte; fordert die Kommission auf, verstärkt von Verordnungen statt von Richtlinien Gebrauch zu machen und so den einzelstaatlichen Ermessensspielraum einzuschränken, der zu Fragmentierung führen könnte;

Änderungsantrag 18

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. betont, dass die Flexibilität bei den EU-Investitionsinstrumenten die Vorhersehbarkeit und die langfristige Planung nicht untergraben sollte; fordert ein Gleichgewicht, das die strategische Vorausschau fördert und gleichzeitig eine rasche Mobilisierung als Reaktion auf neue Herausforderungen ermöglicht;

Änderungsantrag 19

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. ist der Ansicht, dass die Dringlichkeit von Maßnahmen im Bereich Verteidigung und Dekarbonisierung	15. ist der Ansicht, dass die Dringlichkeit von Maßnahmen, auch im Bereich Verteidigung und

bedeutet, dass eine erhebliche öffentliche Unterstützung erforderlich sein wird, um private Investitionen zu mobilisieren;	Dekarbonisierung, bedeutet, dass eine erhebliche öffentliche Unterstützung erforderlich sein wird, um private Investitionen zu mobilisieren; ***begrüßt daher den Vorschlag für das Omnibus-Paket für InvestEU, mit dem für die verbleibende Laufzeit des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 erhebliche zusätzliche Investitionen mobilisiert werden;***

Änderungsantrag 20

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont ferner, dass Investitionen in Energie- und Ressourceneffizienz, Investitionen in Schlüsseltechnologien im digitalen Sektor und soziale Investitionen erforderlich sind; betont insbesondere die Bedeutung von Horizont Europa und weist erneut darauf hin, dass das Ziel von 3 % des BIP für Ausgaben für Forschung und Innovation erreicht werden muss;

Änderungsantrag 21

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. befürchtet, dass die öffentlichen Investitionen nach 2026, wenn die Aufbau- und Resilienzfazilität planmäßig ausläuft, einbrechen werden;	16. ist besorgt darüber, dass das Auslaufen der ARF im Jahr 2026 mit dem erheblichen Risiko verbunden ist, dass die öffentlichen Investitionen in gemeinsame europäische Prioritäten beträchtlich abnehmen; fordert, dass ausgereifte ARF-Projekte um 18 Monate verlängert werden, indem die ARF-Verordnung[1a] erforderlichenfalls per Mitentscheidung geändert wird; betont, dass die geplante Verlängerung der Projekte von der Kommission auf der Grundlage objektiver, klarer und fairer Referenzwerte

durchgeführt wird;

[1a] ***Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/oj.***

Änderungsantrag 22

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. weist darauf hin, dass von europäischen Emittenten wie der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und seit 1976 von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dann der EU selbst sichere Anlagen auf EU-Ebene begeben wurden[5]; weist darauf hin, dass der Aufbaufonds NextGenerationEU das größte Konjunkturpaket ist, das jemals von der EU finanziert wurde, um die wirtschaftliche Erholung und den ökologischen und den digitalen Wandel zu unterstützen;	17. weist darauf hin, dass der Aufbaufonds NextGenerationEU das größte Konjunkturpaket ist, das jemals von der EU finanziert wurde, um die wirtschaftliche Erholung und den ökologischen und den digitalen Wandel zu unterstützen; ***fordert den Rat auf, dringend neue Eigenmittel zu beschließen, damit die im Rahmen von NextGenerationEU aufgenommenen Mittel auf tragfähige Weise zurückgezahlt werden können;*** betont, dass echte neue Eigenmittel, die über die in der Interinstitutionellen Vereinbarung[5a] festgelegten Mittel hinausgehen, angesichts des höheren Ausgabenbedarfs der EU von entscheidender Bedeutung sind; ist der Auffassung, dass alle Instrumente und Möglichkeiten geprüft werden sollten, um die EU mit den erforderlichen Mitteln auszustatten;

[5] ***Finanzvorstand des Europäischen Stabilitätsmechanismus, „Developing European safe assets“ (Entwicklung sicherer europäischer Anlagen), Intereconomics, Dezember 2023, https://www.esm.europa.eu/articles-and-op-eds/developing-european-safe-assets-article-intereconomics.***

[5a] ***Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die***

Einführung neuer Eigenmittel (ABl. L 433 I vom 22.12.2020, S. 28, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2020/1222/oj).

Änderungsantrag 23

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. teilt die Einschätzung, dass die Emission einer gemeinsamen sicheren Anlage, die als starker Referenzwert dienen soll, die Verwirklichung der Kapitalmarktunion erheblich erleichtern und auf den im Draghi-Bericht ermittelten Investitionsbedarf eingehen würde; ***empfiehlt der Kommission, die Merkmale von auf EU-Ebene emittierten sicheren Anlagen zu bewerten und einen Bericht zu veröffentlichen, der als Grundlage für die künftige Gestaltung einer sicheren Anlage der EU dienen soll;***	18. nimmt die im Draghi-Bericht enthaltene Einschätzung zur Kenntnis, dass die Emission einer gemeinsamen sicheren Anlage, die als starker Referenzwert dienen soll, die Verwirklichung der Kapitalmarktunion erheblich erleichtern und auf den im Draghi-Bericht ermittelten Investitionsbedarf eingehen würde; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass eine gemeinsame Mittelaufnahme durch Ausgabe von EU-Anleihen eine praktikable Möglichkeit darstellt, um sicherzustellen, dass die EU über ausreichende Ressourcen verfügt, um auf akute EU-weite Krisen wie etwa die anhaltende Krise im Sicherheits- und Verteidigungsbereich zu reagieren;

Änderungsantrag 24

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ist der Ansicht, dass ein erhöhter Verteidigungsbedarf aufgrund geopolitischer Spannungen eine sofortige Mobilisierung finanzieller Unterstützung erfordert; begrüßt den anstehenden Vorschlag der Kommission für ein neues Finanzierungsinstrument in Höhe von bis zu 150 Mrd. EUR, um die Verteidigungsfähigkeiten der EU im Rahmen des Plans „ReArm Europa“ zu stärken; fordert die Kommission und die	19. ist der Ansicht, dass ein erhöhter gemeinsamer Verteidigungsbedarf aufgrund geopolitischer Spannungen eine sofortige Mobilisierung finanzieller Unterstützung erfordert; nimmt den unter dem Titel „SAFE“ stehenden Vorschlag der Kommission für ein neues Finanzierungsinstrument in Höhe von bis zu 150 Mrd. EUR in Back-to-back-Darlehen zur Kenntnis, mit dem die Verteidigungsfähigkeiten der EU im

Mitgliedstaaten auf, auch im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus ein spezielles Instrument einzurichten;	Rahmen des Plans „ReArm Europa“ gestärkt werden soll; bekräftigt seinen seit Langem vertretenen Standpunkt, dass alle Ausgaben auf EU-Ebene in den Zuständigkeitsbereich der Haushaltsbehörde fallen sollten, wodurch die Transparenz, die demokratische Kontrolle und der Schutz der finanziellen Interessen der EU sichergestellt werden; ***weist erneut darauf hin, dass es eine unabdingbare Voraussetzung für die demokratische Legitimität des Handelns der EU ist, das Europäische Parlament als einziges direkt gewähltes EU-Organ umfassend in Entscheidungen über die Ausgabenprioritäten der Union einzubeziehen; bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft, bei Bedarf mit der gebotenen Dringlichkeit zu handeln;***

Änderungsantrag 25

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Europäische Investitionsbank-Gruppe auf, ihre Darlehenspolitik anzupassen, um Investitionen mit höherem Risiko stärker zu unterstützen, vor allem Investitionen in innovative Unternehmen und Projekte, die den ökologischen Wandel fördern;	20. fordert die EIB-Gruppe auf, ihre Darlehensverfahren anzupassen, um Investitionen mit höherem Risiko stärker zu unterstützen, vor allem Investitionen in innovative Unternehmen und Projekte, die den ökologischen Wandel und die Verteidigung fördern, und gleichzeitig ihre starke Kapitalposition zu schützen; ***begrüßt den Beschluss der EIB-Gruppe, die Investitionen in Sicherheit und Verteidigung weiter zu fördern, indem die Möglichkeiten, für Investitionen in Sicherheit und Verteidigung infrage zu kommen, weiter ausgeweitet werden und der Umfang der Investitionen in kritische Rohstoffe verdoppelt wird; begrüßt darüber hinaus die neuen Finanzmittel in Höhe von 8,9 Mrd. EUR für Hafen- und Schienenverkehrsprojekte, Bildung, Energie- und Netzmodernisierung, Wasser- und Unternehmensinvestitionen;***

betont, dass es wichtig ist, den Ansatz der offenen Architektur von InvestEU im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen beizubehalten, damit die Vorteile, die sich aus der Beteiligung internationaler Finanzinstitutionen und nationaler Förderbanken und -institute ergeben, in vollem Umfang genutzt werden können;

Änderungsantrag 26

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. betont, dass die Hebelwirkung des EU-Haushalts erhöht werden muss, damit er private Investitionen in großem Maßstab mobilisieren, Kapital anziehen, nachhaltiges Wachstum vorantreiben und KMU und Start-up-Unternehmen einen leichteren Zugang zu Finanzmitteln ermöglichen kann, wobei gleichzeitig die Effizienz der Zuweisung knapper öffentlicher Mittel verbessert werden sollte, um Komplementarität und Zusätzlichkeit mit den nationalen Ausgaben sicherzustellen; spricht sich nachdrücklich dafür aus, den Schwerpunkt auf risikoreichere Tätigkeiten zu legen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, zu prüfen, wie Kapitalbeteiligungen besser gefördert werden können; bekräftigt, dass gut konzipierte Haushaltsgarantien und Finanzierungsinstrumente, auch als Dienstleistungen, wenn sie auf Markterfordernissen beruhen, eine äußerst effiziente Nutzung der begrenzten EU-Haushaltsmittel darstellen, um die Risiken von Investitionen zu verringern und privates Kapital zu mobilisieren;

Änderungsantrag 27

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20b. fordert die Kommission nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass die Risikoteilungsinstrumente für die Durchführungspartner, Finanzintermediäre und Endempfänger einfach sind, wobei ein besonderes Augenmerk auf KMU zu legen ist, und gleichzeitig für ein angemessenes Maß an Rechenschaftspflicht und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung zu sorgen ist; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, zu prüfen, welche Auswirkungen die Vorschriften über staatliche Beihilfen auf den Handlungsspielraum der nationalen Förderbanken und -institute bei Risikoteilungsinstrumenten haben;

Änderungsantrag 28

Entschließungsantrag
Ziffer 20 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20c. nimmt zur Kenntnis, welch große Bedeutung Beratungsdienste wie die InvestEU-Beratungsplattform und Maßnahmen zur Steigerung der Sichtbarkeit wie das InvestEU-Portal für den Erfolg von Haushaltsgarantien und Finanzierungsinstrumenten haben; nimmt die in der Zwischenbewertung geäußerte Feststellung zur Kenntnis, wonach das InvestEU-Portal noch unter Beweis stellen muss, dass es einen nennenswerten EU-Mehrwert erbringt; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Funktionsweise der Beratungsplattform, des Portals und der STEP-Plattform weiter zu überprüfen, damit die notwendigen Lehren gezogen werden können; betont, dass für derlei Beratungs- und Fördermaßnahmen die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung

stehen sollten;

Änderungsantrag 29

Entschließungsantrag
Ziffer 20 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20d. betont, dass die Verwaltungsverfahren in allen Finanzinstrumenten der EU vereinfacht werden müssen, um die Eintrittsbarrieren für KMU und Start-up-Unternehmen zu senken; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass Programme wie InvestEU oder künftige Plattformen benutzerfreundlich, kosteneffizient und für kleinere Akteure und Endempfänger leicht zugänglich sind;

Änderungsantrag 30

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. fordert die Kommission auf, eine Stelle für Wirtschaftsinformationen einzurichten, um den Bedarf der europäischen Industrie, Engpässe und Marktchancen zu ermitteln und Empfehlungen, auch zur Finanzierung, zu erarbeiten, um diese Herausforderungen aus EU-Perspektive anzugehen;	21. fordert die Kommission auf, den Bedarf der europäischen Industrie, Engpässe und Marktchancen zu ermitteln und Empfehlungen, auch zur Finanzierung, zu erarbeiten, um diese Herausforderungen aus EU-Perspektive anzugehen;

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DER VERFASSER DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT

EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DER VERFASSER DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Der Verfasser der Stellungnahme erklärt unter seiner ausschließlichen Verantwortung, dass er keine Beiträge von Einrichtungen oder Personen erhalten hat, die gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung in dieser Anlage aufgeführt werden müssen.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	4.6.2025
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 24 - : 10 0 : 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Georgios Aftias, Rasmus Andresen, Isabel Benjumea Benjumea, Tomasz Buczek, Olivier Chastel, Tamás Deutsch, Angéline Furet, Jens Geier, Thomas Geisel, Sandra Gómez López, Andrzej Halicki, Monika Hohlmeier, Janusz Lewandowski, Giuseppe Lupo, Ignazio Roberto Marino, Siegfried Mureşan, Jana Nagyová, Victor Negrescu, Matjaž Nemec, Danuše Nerudová, João Oliveira, Ruggero Razza, Karlo Ressler, Bogdan Rzońca, Julien Sanchez, Hélder Sousa Silva, Nicolae Ştefănuță, Lucia Yar, Auke Zijlstra
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Mohammed Chahim, Jonás Fernández, Jussi Saramo
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder gemäß Art. 216 Abs. 7 der Geschäftsordnung	Christine Anderson, Murielle Laurent, Antonio López-Istúriz White

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

24	+
ECR	Razza Ruggero
PPE	Aftias Georgios, Benjumea Benjumea Isabel, Halicki Andrzej, Hohlmeier Monika, Lewandowski Janusz, López-Istúriz White Antonio, Muresan Siegfried, Nerudová Danuse, Ressler Karlo, Sousa Silva Hélder
Renew	Chastel Olivier, Yar Lucia
S&D	Chahim Mohammed, Fernández Jonás, Geier Jens, Gómez López Sandra, Laurent Murielle, Lupo Giuseppe, Negrescu Victor, Nemec Matjaz
Verts/ALE	Andresen Rasmus, Marino Ignazio Roberto, Stefanuta Nicolae

10	-
ECR	Rzonca Bogdan
ESN	Anderson Christine
NI	Geisel Thomas
PfE	Buczek Tomasz, Deutsch Tamás, Furet Angéline, Nagyová Jana, Sanchez Julien, Zijlstra Auke
The Left	Oliveira João

1	0
The Left	Saramo Jussi

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : gegen
0 : Enthaltung